

AMNESTY INTERNATIONAL SENDET BRIEF AN PRÄSIDENT GABRIEL BORIC ZUM NATIONALEN PLAN DER SUCHE UND DEN PAKTEN DES SCHWEIGENS

22. Aug. 2023 | Pressemitteilung

Am 30. August wird Präsident Gabriel Boric das Dekret unterzeichnen, mit dem der Nationale Plan zum Auffinden der Opfer, die während der Diktatur von Augusto Pinochet verhaftet wurden, offiziell in Kraft treten wird. In diesem Zusammenhang drängt Amnesty International darauf, dass diese Initiative zu einer dauerhaften staatlichen Politik wird, und richtet einen offenen Brief an die Regierung, in dem sie darum bittet, dass der Nationale Plan zum Auffinden der Opfer bestimmte Anforderungen erfüllt, um seine Wirksamkeit zu gewährleisten.

1. - Er muss die Beteiligung der Agrupaciones de Familiares de Detenidos Desaparecidos, der Agrupación de Familiares de Ejecutados Políticos und anderer Menschenrechtsorganisationen in allen seinen Phasen vorsehen.

2. - Er muss ausreichende Mittel für die Sucharbeit, die Verstärkung der staatlichen Dienste, die in diesen Angelegenheiten eine Schlüsselrolle spielen, wie der Menschenrechtsabteilung des gerichtsmedizinischen Dienstes, und die Verstärkung der Teams der „Ministros en Visitas“ und der Menschenrechtsbrigade der Ermittlungspolizei sicherstellen.

3. - Er sollte eine ausdrückliche Aufforderung an die Streitkräfte und die Ordnungskräfte Beinhalten, bei der Aufklärung von Verbrechen gemäß dem Völkerrecht und von schweren Menschenrechtsverletzungen mitzuwirken. Diese Institutionen müssen in die Bemühungen des Staates um die Begleichung der ausstehenden Schuld einbezogen werden.

Es ist daher unerlässlich, dass die Oberbefehlshaber der verschiedenen Teilstreitkräfte und der Generaldirektor der Carabineros wie folgt angewiesen werden:

- Alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Pakten des Schweigens aktiver oder pensionierter Beamter ein Ende zu setzen, die möglicherweise Kenntnis von vergangenen Verbrechen haben und sich weigern, die Wahrheit über die Fakten oder das Schicksal der Opfer preiszugeben.
- Alle verfügbaren Informationen über die Vernichtung von institutionellen Archiven zu veröffentlichen, die möglicherweise Aufzeichnungen über Verbrechen nach dem Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen enthalten, die in dem fraglichen Zeitraum begangen wurden.
- Die bestehenden Regelungen zur Vernichtung militärischer Unterlagen, die zur Aufklärung schwerer Menschenrechtsverletzungen beitragen können, zu überprüfen und sicherzustellen, dass es derzeit keine solche Praxis gibt, sowie den verschiedenen bestehenden Gesetzesinitiativen in dieser Angelegenheit Nachdruck zu verleihen.
- Aktiv und vertrauensvoll bei gerichtlichen Ermittlungen durch die Übergabe von Lebensläufen und sämtlichen Hintergrundinformationen zusammenzuarbeiten, die über diensttuende oder pensionierte Offiziere angefordert werden, die möglicherweise in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren oder Zeugen davon wurden.
- Alle Informationen über das Schicksal und den Verbleib von „verschwundenen“ Gefangenen zu übergeben.

Die Initiative Ihrer Regierung, den Nationalen Plan für die Suche nach den Opfern des gewaltsamen oder unfreiwilligen „Verschwindens“ von Opfern der zivilen Militärdiktatur in Chile voranzutreiben, ist notwendig und begrüßenswert. Es ist

unerlässlich, dass die Behörden alle Anstrengungen unternehmen, um die Ziele dieses Plans zu erreichen, immer im Dialog und unter enger Beteiligung der Gruppen von Angehörigen und Überlebenden sowie anderer Menschenrechtsorganisationen. Aus diesem Grund dürfen die Streitkräfte auf keinen Fall von diesem Prozess ausgeschlossen werden.

<https://amnistia.cl/noticia/amnistia-internacional-envia-carta-al-presidente-gabriel-boric-respecto-al-plan-nacional-de-busqueda-y-los-pactos-de-silencio/>